Ich wünsche ... – Änderungen zur Zulagebeantragung

bei der Union Investment Service Bank AG (nachstehend USB genannt) für einen Altersvorsorgevertrag mit der Union Investment Management GmbH (nachstehend Union genannt)

Formular-Nr. C

Wichtiger Hinweis

Bitte das Formular immer vollständig (Seite 1 bis 4) an die USB senden. Die Unterschrift des Anlegers ist unbedingt erforderlich.

Unterdepot-Nr. ☐ Änderungen gelten ab ↗ Ist kein Kalenderjahr angegeben, gelten die Änderungen ab sofort. ☐ Änderungen gelten nur für (Kalenderjahr)

1 Depotinhaber

☐ Frau ☐ Herr ☐ divers oder ohne Angabe

Zuname

Vorname

alle weiteren Vornamen

Steuer-IdNr.

Straße/ Haus-Nr.

Land

PLZ

Ort

Telefon-Nr. tagsüber

2 Kaufauftrag per SEPA-Lastschrifteinzug

☐ einrichten ☐ ändern ☐ löschen (Ruhen des Vertrags)

↗ Der SEPA-Lastschrifteinzug wird zum nächstmöglichen Termin nicht mehr ausgeführt; es sei denn, es ist ein anderes Datum unter „Letzter Kauf zum" angegeben.

↗ Mindestlastschrifthöhe EUR 25,– je Einzug. Der Mindestjahresbeitrag muss EUR 60,– betragen. Bei UniProfiRente: Bitte Höchstgrenze beachten! Die Sparrate und die Zuzahlung dürfen zusammen EUR 40.000,– pro Jahr nicht übersteigen. Bitte Feld 3 beziehungsweise Feld 4 ausfüllen!

Altersvorsorgebeiträge

Bei einer Auftragserteilung zum einmaligen oder regelmäßigen Kauf von Fondsanteilen (Einmalanlage oder Sparplan) wird der zu zahlende Kaufpreis mit Ablauf des Bewertungstages, der für den Kauf des jeweiligen Fonds maßgeblich ist, fällig. Nach Fälligkeit wird der Kaufpreis von der angegebenen Kontoverbindung per SEPA-Basis-Lastschrift eingezogen.

Sparrate in EUR ausschließlich für das laufende Kalenderjahr bis maximal Dezember. jeweils zum Monat/Jahr

,– ☐ monatlich ☐ 2-monatlich ☐ 1/4-jährlich ☐ 1/2-jährlich ☐ jährlich ☐ 5. oder ☐ 20. ab

Sparrate in EUR für den Folgezeitraum bis zum Beginn der Auszahlphase jeweils zum Monat/Jahr

,– ☐ monatlich ☐ 2-monatlich ☐ 1/4-jährlich ☐ 1/2-jährlich ☐ jährlich ☐ 5. oder ☐ 20. ab

Dynamisierung

☐ wird gewünscht mit % pro Jahr.

↗ Ist die Dynamisierung ohne Prozentangabe angekreuzt, so wird die Sparrate mit 3 Prozent pro Jahr dynamisiert. Bei UniProfiRente: Die Dynamisierung wird ausgesetzt, wenn ein Beitrag von EUR 40.000,– pro Jahr überschritten wird.

letzter Kauf zum Monat/Jahr

Zuzahlung

Betrag in EUR ,– Kauf zum

↗ Ist kein Datum angegeben, erfolgt der Einzug zum nächstmöglichen Termin gemäß Nr. 6.1 und 7.4 der Bedingungen für UnionDepots. Bei UniProfiRente: Bis maximal EUR 40.000,– Gesamtbetrag inklusive Sparrate pro Jahr.

3 SEPA-Lastschriftmandat für Depotinhaber

↗ Bei abweichendem Kontoinhaber – auch wenn es sich um den/die gesetzlichen Vertreter handelt – bitte Feld 4 ausfüllen.

☐ Bestehendes Mandat verwenden ↗ Bitte die IBAN ausfüllen. ☐ Neues Mandat erteilen ↗ Bitte in Feld 1 die Adresse und hier die IBAN ausfüllen.

International Bank Account Number (IBAN)*

Dieses Mandat gilt für bestehende und künftige Forderungen (zum Beispiel Kaufpreis, Depotgebühren) aus der gesamten Geschäftsbeziehung mit der USB, einschließlich der Nutzung des online Zugangs, wenn ein solcher für den Kunden freigeschaltet wurde. Die Mandatsreferenz wird separat bekannt gegeben.

Ich ermächtige die USB, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, von der USB auf mein Konto gezogene Lastschriften einzulösen.
↗ Innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann der Kontoinhaber die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit seinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.
Bei Erteilung eines neuen Mandats bitte unbedingt ausfüllen, da eine Ausführung des Auftrags ansonsten bei der USB nicht möglich ist:

Datum der Mandatserteilung* ✗ Unterschrift(en) Kontoinhaber (Depotinhaber)* ✗ Unterschrift(en) 1. gesetzlicher Vertreter/2. gesetzlicher Vertreter

* Pflichtfelder

4 SEPA-Lastschriftmandat für abweichende Kontoinhaber

☐ Bestehendes Mandat verwenden ↗ Bitte die IBAN ausfüllen. ☐ Neues Mandat erteilen

International Bank Account Number (IBAN)*

Bitte hier unbedingt die Daten zum abweichenden **Kontoinhaber** angeben:

☐ Frau ☐ Herr ☐ divers oder ohne Angabe

Zuname*

Vorname*

Geburts-datum

Straße/ Haus-Nr.*

Land

PLZ*

Ort*

Dieses Mandat gilt für bestehende und künftige Forderungen (zum Beispiel Kaufpreis, Depotgebühren) aus der gesamten Geschäftsbeziehung mit der USB. Die Mandatsreferenz wird separat bekannt gegeben.

Ich ermächtige die USB, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, von der USB auf mein Konto gezogene Lastschriften einzulösen.
↗ Innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann der Kontoinhaber die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit seinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Datum der Mandatserteilung* ✗ Unterschrift(en) Kontoinhaber*

* Pflichtfelder

ÄDAZU 05.26

001549 05.26

Union Investment

Formular-Nr. C

5 5.1 Änderung der Zulageberechtigung

Bitte Änderungen ankreuzen.

☐ Ich bin **unmittelbar** zulageberechtigt. ☐ Ich bin **mittelbar** zulageberechtigt.

☐ Ich bin nicht zulageberechtigt und widerrufe die von mir erteilte Vollmacht zur automatischen Beantragung der Altersvorsorgezulage (Dauerzulageverfahren).

☐ Ich gehöre zu dem **Personenkreis der Beamten** und diesen gleichgestellten Personen.

☐ Ich gehöre **nicht** mehr zu dem **Personenkreis der Beamten** und diesen gleichgestellten Personen.

Der Personenkreis der Beamten muss zusätzlich eine Einwilligungserklärung gegenüber dem Dienstherrn abgeben. Eine mögliche Einwilligungserklärung ist unter www.union-investment.de/zulageantrag zu finden. Hinweise, auch zu den Begriffen „unmittelbar" und „mittelbar" sowie zu dem Personenkreis der Beamten, können den beiliegenden Erläuterungen entnommen werden oder im Internet unter www.union-investment.de.

5.2 Auftragserteilung oder Widerruf der Zusatzvereinbarung „nur Sparen"

☐ Ich möchte diesen Vertrag bis auf Weiteres ohne Förderung führen und bitte die USB, die automatische Beantragung der Altersvorsorgezulage zu beenden.

Möchten Sie keinen Sonderausgabenabzug für Ihren Altersvorsorgevertrag geltend machen? Dann vermerken Sie dies bitte bei Ihrer Einkommensteuererklärung in der Anlage AV. Alternativ nutzen Sie **für Folgejahre** den Punkt 5.3 auf diesem Formular.

☐ Ich möchte künftig die staatliche Förderung erhalten und bitte die USB, mir für das laufende Kalenderjahr einen Antrag auf Altersvorsorgezulage zu senden.

Für die rückwirkende Beantragung der staatlichen Förderung bitte das Formular „Bevollmächtigung zur Teilnahme am Dauerzulageverfahren" verwenden.

5.3 Keine steuerliche Berücksichtigung bei der Ermittlung des Sonderausgabenabzugs (SAA) für Folgejahre

Die Erklärung gilt ab dem Veranlagungsjahr, das dem Jahr folgt, in welchem die Erklärung gegenüber dem Anbieter abgegeben wird.

☐ **Ich möchte nicht,** dass die Beiträge für meinen Altersvorsorgevertrag ab dem nächsten Jahr bei der Ermittlung der Sonderausgaben berücksichtigt werden.

☐ **Ich möchte,** dass die Beiträge für meinen Altersvorsorgevertrag ab dem nächsten Jahr bei der Ermittlung der Sonderausgaben berücksichtigt werden.

Der Widerruf zur Nicht-Berücksichtigung ist nur erforderlich, wenn diese Nicht-Berücksichtigung ab dem Steuerjahr 2021 bereits beauftragt wurde.

6 Widerruf der Vollmacht zur Beantragung der Dauerzulage

☐ Ich widerrufe hiermit die von mir erteilte Vollmacht zur automatischen Beantragung der Altersvorsorgezulage (Dauerzulageverfahren).

7 Stammdaten zum Depotinhaber

Bitte neue Daten ergänzen.

Neue Sozialversich.-Nr. | Steuer-IdNr.

Ich bin pflichtversichert in der landwirtschaftlichen Alterskasse. Meine Mitgliedsnummer der landwirtschaftlichen Alterskasse lautet:

11-stellig

8 Angaben zum Ehe-/Lebenspartner/Familienstand

Bitte Änderungen ankreuzen beziehungsweise neue Daten ergänzen.

☐ Die Daten meines Ehe-/Lebenspartners gelten nicht mehr. Ich bin:

☐ verwitwet ☐ geschieden/Aufhebung Lebenspartnerschaft ☐ dauernd getrennt lebend

☐ Ich bitte die USB, die Daten meines Ehe-/Lebenspartners zu erfassen (bei Heirat, erstmaliger Beantragung der Kinderzulage beziehungsweise Änderung der Zulageberechtigung auf „mittelbar").

Steuer-IdNr.

Sozialversich.-Nr.

Depot-Nr. (falls vorhanden)

☐ Frau ☐ Herr ☐ divers oder ohne Angabe

Zuname

Vorname

Geburtsname

Geburtsdatum

Geburtsort

9 Änderung der Kinderzulage (wegen Geburt, neuer Zuordnung, Streichung oder Änderung der Daten zum Kindergeld)

☐ Änderungen gelten ab ☐ Änderungen gelten nur für (Kalenderjahr)

Ist kein Kalenderjahr angegeben, gelten die Änderungen sofort oder ab dem unten angegebenen „Anspruchszeitraum".

Falls der Antragsteller verheiratet ist, nicht dauernd getrennt lebt und seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Staat hat, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen) anwendbar ist, steht die Kinderzulage der Mutter zu. Auf Antrag beider Eltern kann die Kinderzulage vom Vater in Anspruch genommen werden. In diesem Fall benötigt die USB die übereinstimmende Erklärung für die Zuordnung der Kinderzulage. Diese Erklärung ist ebenso für Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz anwendbar.

9.1 Ich beantrage zugunsten meines Altersvorsorgevertrags für die folgenden Kinder die Kinderzulage:

☐ Änderung der Familienkasse, Kindergeldnummer und des/der Kindergeldberechtigten gilt auch für bereits vorgemerkte Kinder.

Kind 1

Zuname

Vorname

Geburtsdatum

Steuer-IdNr.

Anspruchszeitraum ab (Monat/Jahr)*

Kindergeld-Nr.

* Bitte das Datum angeben, ab dem die Kinderzulage beantragt wird.

ÄDAZU 05.26

9 Fortsetzung „Änderung der Kinderzulage (wegen Geburt, neuer Zuordnung, Streichung oder Änderung der Daten zum Kindergeld)“

Kind 2

Zuname

Vorname

Geburts-datum

Steuer-IdNr.

Anspruchs-zeitraum ab (Monat/Jahr)*

Kindergeld-Nr.

* Bitte das Datum angeben, ab dem die Kinderzulage beantragt wird.

Kind 3

Zuname

Vorname

Geburts-datum

Steuer-IdNr.

Anspruchs-zeitraum ab (Monat/Jahr)*

Kindergeld-Nr.

* Bitte das Datum angeben, ab dem die Kinderzulage beantragt wird.

Mit der Beantragung der Zulage erklären die Eltern übereinstimmend, dass die Kinderzulage für das genannte

☐ **Kind 1** ☐ **Kind 2** ☐ **Kind 3** ↗ Kind/Kinder auswählen.

dem Ehemann (Vater des Kindes) beziehungsweise dem anderen Ehegatten/Lebenspartner für diesen Vertrag zugeordnet werden soll.

Die Zustimmung gilt bis auf Widerruf ab dem beziehungsweise für das oben angegebene(n) Kalenderjahr. Der Widerruf muss spätestens am 31. Dezember des Beitragsjahres, für das eine Zustimmung nicht mehr gelten soll, beim Anbieter des Ehe-/Lebenspartners vorliegen. Diese Erklärung ist ebenso für Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz anwendbar.

☐ Ich bin alleinerziehend/nicht verheiratet.

Widerruf der Zustimmung zur Übertragung der Kinderzulage

☐ Ich widerrufe die Übertragung der Kinderzulage für die genannten Kinder auf meinen Ehe-/Lebenspartner (gilt ab dem aktuellen Kalenderjahr).

Angaben zum Ehe-/Lebenspartner

Zuname

Vorname

Geburts-datum

Depot-Nr.

9.2. Für folgendes Kind beantrage ich keine Kinderzulage mehr (gilt ab dem oder nur für das genannte Kalenderjahr; siehe oben im Feld 9):

Zuname

Vorname

Geburts-datum

↗ Sofern die Kinderzulage nicht mehr dem Antragsteller, sondern dem Ehe-/Lebenspartner des Antragstellers gutgeschrieben werden soll, muss dieser Ehe-/Lebenspartner mit einem eigenen Formular unter 1. die Kinderzulage beantragen.

9.3. Für alle Kinder beantrage ich keine Kinderzulage mehr (gilt ab dem oder nur für das genannte Kalenderjahr; siehe oben im Feld 9):

☐ Ich beantrage keine Kinderzulage mehr für diesen Altersvorsorgevertrag. Ich bitte die USB, **alle** Kinderzulageanträge für diesen Vertrag zu streichen.

10 Tatsächliches Entgelt/Entgeltersatzleistungen

↗ Wenn das tatsächlich erzielte Entgelt oder die Lohnersatzleistung im Vorjahr des Beitragsjahres niedriger war als die beitragspflichtigen Einnahmen im Sinne der deutschen Rentenversicherung, muss dies hier angegeben werden, da ansonsten mit einer Kürzung der Zulage gerechnet werden muss. Die Höhe der entsprechenden Beträge kann den Unterlagen (der Lohnsteuerkarte oder Bescheiniung der Arbeitsagentur) entnommen werden. Die Bemessung Ihrer Zulage ist relevant, wenn Sie zum Beispiel tatsächliche Entgelte aus Altersteilzeit, Bürgergeld oder Geld aus einer Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen erhalten. Pflegepersonen (pflegende Angehörige) tragen bitte 0,00 EUR ein.

Tatsächliches Entgelt im Vorjahr des auf der ersten Formular-Seite oben angegebenen Kalenderjahres:

	Monat/Jahr		Monat/Jahr	Betrag in EUR
von		bis		,

Ausländische Einkünfte

☐ Ich übte in dem auf der ersten Formular-Seite oben angegebenen Kalenderjahr eine Beschäftigung aus, die einer ausländischen gesetzlichen Rentenversicherungspflicht unterlag und/oder erhielt eine Rente wegen voller Erwerbsminderung beziehungsweise Erwerbsunfähigkeit aus einer ausländischen gesetzlichen Rentenversicherung.

Ich bezog in dem Vorjahr des auf der ersten Formular-Seite oben angegebenen Kalenderjahres Einnahmen aus einer Beschäftigung, die einer ausländischen gesetzlichen Rentenversicherungspflicht unterlag und/oder erhielt eine Rente wegen voller Erwerbsminderung beziehungsweise Erwerbsunfähigkeit aus einer ausländischen gesetzlichen Rentenversicherung.

	Monat/Jahr		Monat/Jahr	Betrag (Summe der ausländischen Einnahmen)	Währung
von		bis		,	

ÄDAZU 05.26

Formular-Nr. C

11 Vermittlerwechsel UnionDepot

↗ Der Wechsel gilt für das gesamte UnionDepot, das heißt für **alle** Unterdepots. Die Unterschrift(en) des/der Anleger(s) ist zwingend erforderlich, wenn sich die Vermittlernummer ändert.

Ein Wechsel des Vertriebspartners wird vom Anleger gewünscht: ☐ ja

Hinweis: Ein Vermittlerwechsel für ein UnionDepot Komfort oder für ein Vermögensverwaltungsdepot ist nicht möglich.

12 Unterschrift(en)

Ort/Datum

✗ Unterschrift Depotinhaber/1. gesetzlicher Vertreter

✗ Unterschrift 2. gesetzlicher Vertreter

13 Prüfungsvermerke/Erklärungen/Daten des Vertriebspartners

Legitimation

↗ Bei Abwicklung von Nachlass-Depots bitte unbedingt die Legitimationsdaten der Verfügungsberechtigten beifügen.

☐ Der/Die Anleger/Verfügende(n) wurde(n) bereits für die USB legitimiert.* ☐ Ausweis lag vor, Legitimationsdaten wurden mit der Vollmacht an die USB weitergeleitet.

* Anhaltspunkte für eine zwischenzeitliche Änderung der Legitimationsdaten bestehen nicht.

Angaben/Erklärungen/Unterschriften des Vertriebspartners

KVD

Vermittler-Nr. des Vertriebspartners

↗ Falls eine Änderung der „Betreuenden Filial-/Berater-Nr." gewünscht wird, bitte die Zeile „Betreuend" ausfüllen. Soll die Änderung künftig für das gesamte UnionDepot gelten, dies bitte hier zusätzlich ankreuzen. Ist dies nicht angekreuzt, gilt die Änderung der „Betreuenden Filial-/Berater-Nr." nur für die Unterdepots dieses Auftrags.

	Filial-Nr.	Berater-Nr.
Betreuend		

☐ Änderung der „Betreuenden Filial-/Berater-Nr." für das gesamte UnionDepot

	Filial-Nr.	Berater-Nr.
Ausführend		

Der Vertriebspartner hat die im Formular „Interne Bearbeitungsvermerke für den Vertriebspartner" aufgeführten Informationen zu den Verkaufsunterlagen beachtet und angekreuzt. Des Weiteren hat der Vertriebspartner dem Anleger alle erforderlichen WpHG-Informationen erteilt sowie die Haftungserklärung zur Kenntnis genommen, verstanden und anerkannt.

Name/Telefon des ausführenden Beraters/Adresse

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) und Firmenstempel des Vertriebspartners

Ort/Datum

ÄDAZU 05.26

Information zum Formular „Ich wünsche ... – Änderungen zur Zulagebeantragung“

Mit dem vorliegenden „Ich wünsche“ besteht die Möglichkeit, der Union Investment Service Bank AG Änderungen der Verhältnisse mitzuteilen, die Auswirkungen auf den Zulageanspruch beziehungsweise dessen Höhe haben. Grundsätzlich sollten alle, die zum zulageberechtigten Personenkreis gehören, jährlich überprüfen, ob die geleisteten Eigenbeiträge ausreichend sind, um die gewünschte Förderung zu erhalten. Der zu leistende Eigenbeitrag variiert je nach Einkommen und Familien stand. Informieren Sie uns bitte über alle Änderungen Ihrer persönlichen Verhältnisse, die Einfluss auf die Gewährung der Zulage haben. Dazu gehören insbesondere die Art der Zulageberechtigung (mittelbar/unmittelbar), der Familienstand, der Wegfall des Kindergeldes sowie die Zuordnung der Kinder.

Feld 2 „Kaufauftrag per SEPA-Lastschrifteinzug“

Bitte beachten Sie:

- Alle Zulageberechtigte müssen eigene Beiträge leisten, um die Zulagen zu erhalten.
- Für den Erhalt der Riester-Rente-Förderung müssen mittelbar Zulageberechtigte seit dem Beitragsjahr 2012 mindestens einen Sockelbeitrag von EUR 60,– pro Jahr einzahlen. Eine weitere Voraussetzung ist, dass der unmittelbar zulageberechtigte Ehe-/Lebenspartner seinen Altersvorsorgevertrag ausreichend bespart.
- Nicht Zulageberechtigte werden nicht durch Zulagen und einen zusätzlichen Sonderausgabenabzug gefördert.

Einzahlungen, die Sie unter Fördergesichtspunkten nicht leisten müssten (Überzahlungen und Zahlungen nicht Zulageberechtigter), werden in der Ansparphase nicht staatlich gefördert. Dafür unterliegen Kapitalerträge aus Überzahlungen nicht der Abgeltungsteuer und die steuerlichen Regelungen für die Auszahlphase können für Sie attraktiv sein.

Zulagen werden für jedes Beitragsjahr geleistet, in dem wenigstens teilweise die Zulageberechtigung bestanden hat, und der erforderliche Eigenbeitrag gezahlt wurde. Beitragsanpassungen sind nach Ablauf eines Beitragsjahres regelmäßig in folgenden, beispielhaft aufgezählten Fällen notwendig:

- Kinder können nicht mehr oder erstmalig berücksichtigt werden,
- der bisher mittelbar zulageberechtigte Ehe-/Lebenspartner wird aufgrund einer Erwerbstätigkeit beziehungsweise aufgrund von Kinderziehungszeiten rentenversicherungspflichtig und damit selbst zur unmittelbar zulageberechtigten Person und muss einen individuellen Mindesteigenbeitrag leisten oder
- aufgrund von Gehaltsanpassungen bei unmittelbar zulageberechtigten Personen.

Ausfüllhinweise:

Bei Angabe der Sparrate müssen unbedingt die Sparrate für das laufende Kalenderjahr und die Sparrate für die Folgejahre ausgefüllt werden. Um die volle Zulage zu bekommen, ist bei unterjährigem Start der Einzahlung im laufenden Jahr eine andere Aufteilung des Jahresbeitrags notwendig als in den Folgejahren. Der Mindesteigenbeitrag für unmittelbar Zulage berechtigte beträgt vier Prozent des sozialversicherungspflichtigen Vorjahreseinkommens abzüglich der erwarteten Zulagen. Für einen mittelbar Zulageberechtigten beträgt der jährliche Mindesteigenbeitrag EUR 60,–. Die Förderhöchstgrenze beträgt EUR 2.100,–.

Beispiel für das Sparziel „Maximaler Sonderausgabenabzug“ für einen ledigen Anleger mit monatlicher Zahlungsweise

Sparrate für das Kalenderjahr der ersten Einzahlung:

Beginn des Vertrags	Förderhöchstgrenze	Grundzulage	Jährlicher Eigenbeitrag	Restliche Monate	Monatliche Sparrate
Januar	2.100,–	175,–	1.925,–	12	**161,–**
Februar	2.100,–	175,–	1.925,–	11	**175,–**
März	2.100,–	175,–	1.925,–	10	**193,–**
April	2.100,–	175,–	1.925,–	9	**214,–**
Mai	2.100,–	175,–	1.925,–	8	**241,–**
Juni	2.100,–	175,–	1.925,–	7	**275,–**
Juli	2.100,–	175,–	1.925,–	6	**321,–**
August	2.100,–	175,–	1.925,–	5	**385,–**
September	2.100,–	175,–	1.925,–	4	**482,–**
Oktober	2.100,–	175,–	1.925,–	3	**642,–**
November	2.100,–	175,–	1.925,–	2	**963,–**
Dezember				1	**1.925,–**

Sparrate für die Folgejahre:

Folgejahr ab	Förderhöchstgrenze	Grundzulage	Jährlicher Eigenbeitrag	Restliche Monate	Monatliche Sparrate
Januar	2.100,–	175,–	1.925,–	12	**161,–**

Feld 5.1 „Änderung der Zulageberechtigung“

Der Gesetzgeber unterscheidet zwischen unmittelbar zulageberechtigten, mittelbar zulageberechtigten und nicht zulageberechtigten Personen.

Unmittelbar zulageberechtigt:

Personen, in deren Altersvorsorgesystem der Gesetzgeber leistungsmindernd eingegriffen hat und die weiter hin in dem betreffenden System versichert sind.
Dazu gehören insbesondere:

- In der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversicherte Arbeitnehmer und Auszubildende
- Pflichtversicherte nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte
- Empfänger von Besoldung und diesen gleichgestellte Personen (zum Beispiel Beamte, Soldaten)
- Rentenversicherungspflichtige Selbstständige
- Wehr- oder Bundesfreiwilligendienstleistende
- Geringfügig Beschäftigte (so genannte Mini-Jobber), die voll rentenversicherungspflichtig sind
- Personen in der Kindererziehungszeit sind in den ersten drei Lebensjahren eines Kindes in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert beziehungsweise als Beamte ruhegehaltsfähig beurlaubt und somit unmittelbar zulageberechtigt
- Bezieher von Lohnersatzleistungen (zum Beispiel Arbeitslosengeld, Bürgergeld oder Krankengeld)
- Pflegepersonen, die einen Pflegebedürftigen nicht erwerbsmäßig mindestens 14 Stunden pro Woche pflegen und von der zuständigen Pflegekasse rentenversicherungspflichtig gemeldet wurden
- Minderjährige, sofern sie zum geförderten Personenkreis gehören und beide Erziehungsberechtigte zustimmen
- Bezieher von gesetzlicher Erwerbsminderungs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente

Diese müssen einen eigenen Beitrag leisten, um die Zulage zu erhalten.

Nicht zulageberechtigt:

- Arbeitnehmer und selbstständig Tätige, die als Pflichtversicherte einer berufsständischen Versorgungseinrichtung angehören (zum Beispiel Ärzte, Rechtsanwälte), sofern sie von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit sind.
- Selbständige, die nicht rentenversicherungspflichtig sind
- Freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherte Personen
- Geringfügig Beschäftigte (so genannte Mini-Jobber), die rentenversicherungsfrei sind
- In der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungsfreie Personen
- Bezieher von Altersrente

Scheidet der Anleger während eines Jahres aus dem zulageberechtigten Personenkreis aus, besteht ab dem nächsten Kalenderjahr kein Anspruch mehr auf Zulage. Der Altersvorsorgevertrag kann bis auf weiteres ruhen. Werden weiterhin Beiträge gezahlt, handelt es sich um sogenannte nicht geförderte Beiträge. Das bereits angesparte Altersvorsorgevermögen bleibt bis zur vorgesehenen Auszahlung im Alter im Vertrag gebunden. Die bereits erhaltenen Zulagen müssen nicht zurückgezahlt werden.

Mittelbar zulageberechtigt:

„Nicht Zulageberechtigte“, die im Beitragsjahr mit einer unmittelbar zulageberechtigten Person verheiratet waren, nicht dauernd getrennt lebten und ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Staat haben, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen) anwendbar ist.

Für den Erhalt der Riester-Rente-Förderung müssen mittelbar Zulageberechtigte seit dem Beitragsjahr 2012 mindestens einen Sockelbeitrag von EUR 60,– pro Jahr einzahlen. Eine weitere Voraussetzung ist, dass der unmittelbar zulageberechtigte Ehe-/Lebenspartner seinen Altersvorsorgevertrag ausreichend bespart. Mittelbar zulageberechtigt sind beispielsweise Anleger, die eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung beenden oder deren Kindererziehungszeit vorbei ist.

Feld 5.3 „Keine steuerliche Berücksichtigung bei der Ermittlung des Sonderausgabenabzugs (SAA) für Folgejahre“

Die Erklärung gilt ab dem Veranlagungsjahr, das dem Jahr folgt, in welchem die Erklärung gegenüber dem Anbieter abgegeben wird. Das bedeutet, dass Ihre Eigenbeiträge des Folgejahres in der Meldung zum Sonderausgabenabzug Anfang des übernächsten Jahres nicht berücksichtigt werden. Wird die Erklärung widerrufen, gilt die gleiche Vorlaufzeit.

Feld 8 „Angaben zum Ehe-/Lebenspartner/Familienstand“

Angaben zum Ehe-/Lebenspartner sind für die Prüfung Ihres Anspruchs auf Zulage durch die Zentrale Zulagestelle für Altersvermögen (ZfA) unbedingt erforderlich, wenn Sie mittelbar zulageberechtigt sind oder wenn Sie Kinderzulage beantragen, aber nicht selber „Kindergeldberechtigter“ sind.

Feld 9 „Änderung der Kinderzulage“

Hier können Sie uns folgende Änderungen mitteilen:

- Den Antrag auf Kinderzulage wegen Geburt eines Kindes.
- Die Änderungen der Zuordnung der Kinderzulage von einem Ehe-/Lebenspartner auf den anderen. Bitte beachten Sie: Bei leiblichen Eltern, Adoptiveltern oder Pflegeeltern, die im Beitragsjahr verheiratet sind, nicht dauernd getrennt leben und ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Staat haben, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen) an wendbar ist, steht die Kinderzulage – unabhängig von der Festsetzung des Kindergeldes – der Mutter zu. Mit Zustimmung der Mutter kann die Kinderzulage vom Vater in Anspruch genommen werden.
- Die Änderung ihrer Kindergeldkasse („Familienkasse“) oder der Kindergeldnummer.
- Die Rücknahme des Antrags auf Kinderzulage, wenn Sie kein Kindergeld mehr für ein Kind bekommen oder wenn Sie die Kinderzulage auf Ihren Ehe-/Lebenspartner übertragen haben.

Feld 10 „Tatsächliches Entgelt/Entgeltersatzleistungen“

Wenn Sie Entgeltersatzleistungen wie zum Beispiel:

- tatsächliche Entgelte aus Altersteilzeit,
- Bürgergeld,
- Pflegepersonen (pflegende Angehörige) tragen bitte 0,00 EUR ein
- Geld aus einer Beschäftigung in einer Werkstatt für behinderte Menschen oder
- Kurzarbeitergeld, das vom Arbeitgeber gezahlt wird

erhalten haben, dann geben Sie diese bitte in dem Feld unter Punkt 10 an. Ansonsten müssen Sie mit einer Kürzung Ihrer Zulage rechnen.

Die Höhe der entsprechenden Beträge können Sie Ihren Unterlagen (Lohnsteuerkarte oder der Bescheinigungen der Arbeitsagentur) entnehmen. Gab es im Beitragsjahr mehrere Zeiträume, in denen Sie derartige Leistungen bezogen haben, dann führen Sie bitte auf einem Beiblatt alle Zeiträume und Entgelte getrennt voneinander auf.

NGR
001549 01.26

Haftungserklärung

Der Vertriebspartner versichert, den vorliegenden Antrag/Auftrag, nach Überprüfung der Identität und der Verfügungsberechtigung des auftraggebenden Kunden, ausschließlich durch hierfür zuständige Mitarbeiter des Vertriebspartners und vollständig entsprechend den Weisungen bzw. Wünschen des Kunden erstellt und an die USB weitergeleitet zu haben. Der Vertriebspartner und dessen zuständige Mitarbeiter sind bei der Übermittlung des Antrags/Auftrags verpflichtet dafür zu sorgen, dass hierfür ausschließlich der Weisung des Kunden beziehungsweise dem vom Kunden gewünschten Ausführungszeitpunkt Rechnung tragende und technisch voll funktionsfähige Übermittlungssysteme genutzt werden und dass diese jederzeit ausreichend gegen Missbrauch, Manipulation und unbefugte Nutzung gesichert sind. Der Vertriebspartner übernimmt sämtliche diesbezüglichen Haftungsrisiken und Schäden und stellt die USB von jeglicher Haftung frei, es sei denn die betreffenden Schäden wurden durch ein vorsätzliches oder zumindest grob fahrlässiges Handeln der USB verursacht.

Interne Bearbeitungsvermerke für den Vertriebspartner

Wichtiger Hinweis:
Die „Bearbeitungsvermerke für den Vertriebspartner" **nicht** an die Union Investment Service Bank AG (nachstehend USB genannt) senden. Das Formular ist für Ihre Bearbeitung/Archivierung. Es wird von der USB nicht erfasst.

Zur bankinternen Bearbeitung Nr.

Formular-Nr. (falls vorhanden)

Name des Altersvorsorge-Produktes

Weiterführende Dokumentationen sollten auf den aktuellsten Formularen des DG VERLAGS „Geeignetheitserklärung" (Vordruck 261 000) sowie „Interne Dokumentation" (Vordruck 261 010) erfolgen.

Name, Vorname des Anlegers

1 Reine Order/Beratung

☐ Beratungsfreies Geschäft (mit Angemessenheitsprüfung)

☐ Beratung

☐ Beratung außerhalb Hausmeinung

↗ Im Falle einer Beratung ist entweder die „Geeignetheitserklärung für Riesterprodukte von Union Investment" oder die „Interne Dokumentation" (DG VERLAGS-Vordruck Nr. 261 010) beziehungsweise die „Geeignetheitserklärung" (DG VERLAGS-Vordruck Nr. 261 000) auszufüllen. Bei Anlegern, die mit dem konkreten Auftrag weiterhin das ursprüngliche Anlageziel Altersvorsorge über Riester-Produkte verfolgen, sollte die Beratung in der „Geeignetheitserklärung für Riesterprodukte von Union Investment" dokumentiert werden. Bei einer Anlageberatung zum allgemeinen Anlageziel „Altersvorsorge" ist die erforderliche Dokumentation in der „Internen Dokumentation" vorzunehmen. Besonderheiten bei der Risikobereitschaft im Hinblick auf Riester-Produkte (kein Liquiditätsbedarf; abweichende Definition der Risikobereitschaft, Anlageberatung) sollten in diesem Fall in der „Internen Dokumentation" unter Punkt 2.3, dort „Weitere Angaben des Kunden" festgehalten werden.

2 Verkaufsunterlagen und Kosteninformationen gemäß § 63 Absatz 7 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)

Kauf von OGAW (Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren)

Bei Investmentanteilen (außer Kauf von Dach-Hedgefonds durch Privatanleger):

☐ Dem Anleger wurde das Basisinformationsblatt in der geltenden Fassung rechtzeitig vor Vertragsschluss kostenlos zur Verfügung gestellt.

☐ Darüber hinaus wurde(n) dem Anleger auf Verlangen

- ☐ der Verkaufsprospekt entweder unter Beifügung der Anlagebedingungen[1] und gegebenenfalls der Satzung oder des Gesellschaftsvertrags und des Treuhandvertrags mit dem Treuhandkommanditisten oder dem Hinweis im Verkaufsprospekt darauf, wo die vorgenannten Unterlagen im Geltungsbereich des KAGB (Kapitalanlagegesetzbuch) kostenlos erhalten werden können
- ☐ der letzte veröffentlichte Jahres- und Halbjahresbericht

kostenlos zur Verfügung gestellt.

Kauf von AIF (Alternative Investmentfonds)

☐ Dem Anleger wurde das Basisinformationsblatt in der geltenden Fassung, der Verkaufsprospekt unter Beifügung der Anlagebedingungen[1] und gegebenenfalls der Satzung oder des Gesellschaftsvertrags und des Treuhandvertrags mit dem Treuhandkommanditisten sowie der letzte veröffentlichte Jahres- und Halbjahresbericht des AIF rechtzeitig vor Vertragsschluss zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde der Anleger über den jüngsten Nettoinventarwert des Investmentvermögens oder den jüngsten Marktpreis informiert (bei offenen Investmentvermögen ist der letzte Rücknahmepreis maßgeblich).

Beim Kauf von OGAW und AIF

☐ Der Anleger hat ausdrücklich auf die Aushändigung des Basisinformationsblatts, der Verkaufsprospekte und Jahresberichte/Halbjahresberichte verzichtet.

☐ Der Anleger hat ausdrücklich der „Zurverfügungstellung" der Verkaufsunterlagen im Internet zugestimmt.

Bei Änderungen von Sparplänen

☐ Bei der Reduzierung eines Ansparplans beziehungsweise der Anpassung eines Altersvorsorge-Sparplans zum Erhalt der vollen Zulage wurde das Basisinformationsblatt und die weiteren Verkaufsunterlagen nicht zur Verfügung gestellt.

Kosteninformationen gemäß § 63 Absatz 7 WpHG

☐ Dem Anleger wurde die Kosteninformation rechtzeitig vor Vertragsabschluss zur Verfügung gestellt.

↗ Bei Altersvorsorge-Produkten mit Vertragsabschluss ab dem 01.01.2017 muss die Kosteninformation nur auf Wunsch des Anlegers zur Verfügung gestellt werden.

3 Angaben zum Vertrag

Initiator des Gesprächs: ☐ Bank/Vertriebspartner ☐ Anleger

Der unterzeichnende Vertriebspartner wurde von dem Anleger bevollmächtigt, den Auftrag zur Ausführung an die USB weiterzuleiten.

	Uhrzeit	Datum
Auftragsentgegennahme:		
Auftragsweiterleitung:		

Die vorstehend genannten Angaben sind immer auszufüllen! Fehlt diese Angabe, geht die USB von einer unverzüglichen Weitergabe nach Auftragserteilung aus. Ferner geht die USB davon aus, dass der Auftrag zu dem vom Anleger gewünschten Zeitpunkt sowie mit dem vom Anleger gewünschten Inhalt weitergeleitet wurde.

4 Mitarbeiter der Bank/des Vertriebspartners

Ort des Gesprächs ☐ in den Geschäftsräumen ☐ außerhalb der Geschäftsräume ☐ beim Kunden Datum

Name des Anlageberaters

[1] Eine Beifügung der Anlagebedingungen ist auch gegeben, wenn diese mit dem Verkaufsprospekt zu einem Dokument zusammengefasst sind.

IBV 09.26

004076 09.26